

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Nr. 225/

Wien, Donnerstag, 28. September 1961



Fußball: Rapid siegt in Varna 5:2 — Seite 12

Nach der Tragödie

(Von unserem Korrespondenten)

Österreich ist mit Berlin solidarisch

Eine Rede des Abgeordneten Czernetz vor dem Europarat

Die Beratende Versammlung des Europarates bekundete Dienstag ihre Solidarität mit West-Berlin. In der Debatte sagte der österreichische Abgeordnete Karl Czernetz: Die österreichische Neutralitätserklärung enthält wohl die Verpflichtung Österreichs, an keinem militärischen Bündnis teilzunehmen, sie ist aber keine Verpflichtung zur Gesinnungslage. Ich stimme mit anderen Rednern darin überein, daß diese Versammlung von europäischen Parlamentariern eindeutig die Solidarität der freien Welt mit dem freien Berlin erklären soll.

Die gegenwärtige extreme Verschärfung mit der Krise um Berlin und den neuen Versuchsexplosionen, die von der Sowjetunion begonnen wurden, scheint die Welt unmittelbar an den Rand einer Kriegskatastrophe zu bringen, sagte Abgeordneter Czernetz. Im Bewußtsein des ganzen Ernstes der Lage sollten wir aber dennoch erkennen, daß es jetzt nicht um Krieg, sondern um Drohungen und Erpressungen des Sowjetimperialismus geht. Was heute in Berlin geschieht, kann sich morgen in einem anderen Staat, in irgend-einer anderen Stadt zutragen. Die Russen wollen unter allen Umständen die vertragsmäßige Anerkennung ihrer Eroberungen in Europa, sie wollen die De-jure-Anerkennung des Status quo in Europa erzwingen. Dem kann und darf sich der Westen nicht beugen.

Die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der Welt werden sich jetzt nicht ändern. Heute ist ein Friedensvertrag, der dem ganzen deutschen Volk und den osteuropäischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht sichert, nicht zu erreichen. Nach den Ereignissen von 1953 in Ostdeutschland und 1956 in Polen und Ungarn zweifelt niemand mehr daran, daß an dem Tag, an dem Moskau Ulbricht preisgeben würde, Osteuropa für die Russen kein sicherer Boden mehr wäre. Man soll aber die schwierigen Probleme, vor denen die russische Politik steht, nicht unterschätzen. Die sowjetische Expansionspolitik ist zum Teil in sehr defensiven Vorstellungen des russischen Volkes begründet. Dieses Volk hat in diesem Jahrhundert zweimal fremde Invasionen vom Westen her erlebt. Sein Bestreben, sich am Westrand Staaten zu schaffen, die ihm „freundlicher“ gesinnt sind, ist verständlich. Die Sowjetunion hat Angst, ihren Einfluß in einem Gebiet aufzugeben, in dem eine Welle des Hasses nachfolgen würde.

Problem, sondern es ist in erster Linie ein politisches Problem.

Den Regierungen der freien Welt müssen wir sagen: Man muß bereit sein zur Verteidigung, aber auch bereit zu Verhandlungen. Eine Preisgabe Berlins, auch nur eine teilweise, stufenweise oder verhüllte Preisgabe, hätte eine weitläufigere politische Tragweite für die freie Welt als bloß die Preisgabe des Lebens und der Freiheit von zweieinhalb Millionen Menschen in West-Berlin. Man würde ein solches Vorgehen anderswo noch stärker und in wachsendem Maße zu spüren bekommen.

Wir kämpfen gegen die Bedrohung und Vernichtung der Freiheit und der Demokratie, gegen den Sowjetimperialismus und die kommunistische Diktatur, wir kämpfen gegen die Reste des Faschismus und des Nationalsozialismus in Europa. Aber wir müssen auch darüber wachen, daß die politische Moral in der Demokratie und der Geist der Freiheit in unserem Lager nicht verletzt werden.

Bereit zur Verteidigung, bereit zu Verhandlungen

Je länger sie aber dort bleibt und je länger die Unterdrückung dauert, desto größer wird potentiell die Gefahr dieser Gegnerschaft und dieses Hasses. Auch die Sowjetunion hat ihr Dilemma, auch sie kann dort, wo sie derzeit steht, nicht einfach zurück, ohne mehr zu gefährden, als bloß den Satelliten, den sie aufzucht. Berlin ist nicht nur ein militärisches

Kritik an der türkischen Galgenjustiz

Diesen Ausführungen fügte Czernetz eine scharfe Verurteilung des Militärprozesses gegen ehemalige Regierungsfunktionäre und Abgeordnete in der Türkei und gegen die Hinrichtung von türkischen Politikern an. Man muß den Türken warnend sagen, schloß er, daß Todesurteile nicht die Entwicklung zur Demokratie erleichtern. Die Straße zur Demokratie darf nicht mit Galgen gesäumt sein.

Rußland kann nicht zurück

Bei einer realistischen Betrachtung der Verhältnisse müssen wir allerdings feststellen:

An 1450 Plätzen Wiens wird gebaut

Vizebürgermeister Slavik über den Weiterbau Wiens

Von dem Wahlprogramm, das die Sozialistische Partei zu den Gemeinderatswahlen 1959 den Wiener Wählern vorgelegt hat, ist jetzt, zwei Jahre nach der Wahl, mehr als die Hälfte erfüllt. Das dritte Viertel des Programms wird im Jahre 1962, das letzte Viertel im Jahre 1963 erfüllt werden. Das erklärte Vizebürgermeister Slavik in der letzten Sitzung des Klubs der sozialistischen Gemeinderäte Wiens.

Die Wiener Gemeindeverwaltung sieht vor vier großen Aufgaben: die Kapazität der Bauwirtschaft zu erhöhen; das linke Donauufer, den 21. und den 22. Bezirk, großstädtisch aufzuschließen; für die Kinder, Jungen, Kranken und Alten zu sorgen und die technischen Probleme zu bewältigen.

Wasser ist ein Politikum

Die Baukapazität konnte dadurch intensiviert werden, daß die Gemeinde Wien vorangeht, mit vorfabrizierten Bauteilen sogenannte Fertigteilhäuser zu bauen. Das bedeutet nicht nur, daß die Gemeindeverwaltung vorerst um 850 bis 900 Wohnungen jährlich mehr bauen kann, sondern auch, daß die Winterarbeitslosigkeit noch mehr verringert wird.

Die Aufschließung von Floridsdorf und Donaustadt verlangt vor allem, daß die Bewohner dort, wo es sie noch nicht gibt, Wasserleitung und Kanalisation erhalten. Mehr Wasser braucht man aber auch in anderen Teilen Wiens. Der Ausbau der Wiener Wasserversorgung wird 1,7 Milliarden Schilling erfordern.

Der Kanalbau ist nur ein technisches, ein Bauproblem, zum Wasserleitungsbau braucht man aber auch Wasser. Die Wasserbeschaffung wird aber immer mehr zu einem Politikum. So kann die dritte Wasserleitung nicht ausgebaut werden, wenn die Gemeinde Wien nicht endlich Wasserrechte erhält.

Acht Assanierungspläne

Was die technischen Aufgaben betrifft, wird gegenwärtig an nicht weniger als 1450 Bauplänen gearbeitet. Erplant sind es mit, Innen aufzuführen, überall und was überall gebaut wird. Wer mit offenen Augen durch Wien geht, kann sich davon selber überzeugen. Es geht darum, nicht nur neue Wohnungen zu bauen, sondern auch darum, die alten Wohnungen zu sanieren.

Die Gemeindeverwaltung arbeitet an acht großen Assanierungsvorhaben: Blutgasse, Erdberg, Spittelberg, Lichtental, Rudolfshaus-Fünfhäuser, Alt-Ottakring, Hernalis und Brigittaplatz. Zum Teil sind die Assanierungen

bereits projektiert, zum Teil wird schon daran gearbeitet.

Die ÖVP ist dagegen

Die Assanierungsarbeiten werden immer schwieriger. Die ÖVP ist aber nicht bereit, uns ein Assanierungsgesetz und Bodenbeschaffungsgesetz zu geben. Sie will diese Gesetze von einer Mietzinshöhung abhängig machen. Mietzins erhöhungen würden jedoch zu Lohnforderungen führen, die wieder auf die Preise überwälzt werden würden.

Von den Verkehrsbauten stehen auf dem nächsten Programm: der Umbau der Lastenstraße, die Unterführung des Getreidemarktes, der Umbau des Karlsplatzes, die Passage Ringstraße-Operngasse, der Umbau des Matzleinsdorfer Platzes und der Philadelphia-Brücke, die dritte Donaubrücke und die Bahnübergänge in Meidling.

Nicht alle diese Bauten hängen aber allein von der Gemeinde Wien ab, in vielen Fällen hängt es vom Bund ab, ob und wann gebaut wird. So etwa der Umbau der Philadelphia-Brücke, die Einführung der Autobahnen. Der

Bau der Donaukanalstraßen hängt wieder von Niederösterreich ab.

Die sogenannten Wiental-Begleitstraßen werden vom Auhof bis zur Stadtbahnstation Schönbrunn gebaut werden. Die Begleitstraßen und später die Autobahn selbst werden jedoch bis zur Urania geführt werden. Die Wieder Hauptstraße, deren Umbau auch projektiert ist, wird sechs Fahrbahnen erhalten. Bei allen diesen Arbeiten wird jedoch das Bild Wiens und seine Erhaltung berücksichtigt werden müssen.

Menschlich planen und bauen

Wenn wir uns dazu entschlossen haben, daß Wien nicht dem Verkehr geopfert werden darf, dann müssen wir auch darauf sehen, daß wirklich menschlich und vernünftig gebaut wird. Wir dürfen den Leuten zwischen Fünfzehn und Zwanzig nicht nach dem Mund reden, die unbedingt um fünf Minuten schneller dahinein sein wollen!

Viel Arbeit geben uns unsere Spätler: Dort muß völlig neu geplant werden. Das deshalb,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ein Denkmal für Hammarskjöld



Eine der neuen großen Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien — an der oberen Alten Donau — wird den Namen Dag Hammarskjölds tragen. Sie wird Samstag feierlich eröffnet

O. L., New York, Ende September

Wann immer man in den letzten Jahren den Glaspalast der Vereinten Nationen in New York betreten oder verlassen mochte, ob im Morgengrauen oder Sonntag — immer stand der Wagen DFL 25, Hammarskjölds Dienstwagen, vor dem Tor des Walkenkratzers. Und man wußte, oben im 36. Stockwerk arbeitet der Mann, uner müdlich, mit unheimlicher Energie. Der Wagen war wie ein Symbol des Schutzes, der in der Unablässigkeit dieses Mannes lag, in seiner geradezu fanatischen Überzeugung, daß er den Frieden bewahren und Gefahren abwehren müsse.

Der Wagen steht nicht mehr vor dem Tor.

Man hat von Hammarskjöld oft scherzend, manchmal kritisch und gelegentlich sogar tadelnd gesagt, daß er „zu sehr“ an die UNO und ihre Macht glaube und mit Besessenheit nach jeder Gelegenheit suche, in der die Weltorganisation eingreifen könnte. In Wahrheit weiß man erst jetzt, nach seinem tragischen Tod, angesichts der beinahe ausweglosen Leitungskrise, in die die Vereinten Nationen dadurch geraten sind, wie sehr die Weltorganisation mit ihrem Generalsekretär zu einer Einheit geworden war — zu einer unlösbaren Einheit, fürchten manche. Sie sind besorgt, daß im afrikanischen Busch nicht nur der Mensch Hammarskjöld, sondern die Organisation tragisch verunglückt sei.

Daß die Vereinten Nationen diese Entwicklung nahmen, war nicht nur auf die außerordentliche Kraft, Geschicklichkeit und Hingabe Hammarskjölds zurückzuführen, auch nicht etwa auf seinen Ehrgeiz. Er war ein Glöckler für die Weltorganisation, daß angesichts der Lähmung des Sicherheitsrates durch den Gegensatz zwischen den vetobesitzenden Weltmächten und angesichts der immer komplizierteren Verhältnisse in der übergroß gewordenen Generalversammlung das Sekretariat unter Hammarskjölds Führung zu einer „Aufgangorganisation“, einem Exekutivorganismus wurde, der mehr und mehr Aufgaben auf sich nehmen konnte.

Aber wie immer es zu der überragenden und den Bestand der Organisation sichernden Rolle des Generalsekretärs gekommen sein mag — wohin geht nun nach Hammarskjölds Tod der Weg? Als gerade vor einem Jahr Chruschtschow auf offener Tribüne der Generalversammlung Hammarskjölds Rücktritt forderte und der kultivierte Schwede auf die wilde Rede mit einem kühlen Nein antwortete, sagte er, daß in diesem Augenblick zurückzutreten bedeuten würde, die „Organisation in die Winde zu werfen“. Denn, so sagte Hammarskjöld in jener historischen Rede, die Weigerung der Russen, einen anderen — einzelnen — Generalsekretär zu wählen, würde bedeuten, daß überhaupt niemand die Leitung der Weltorganisation übernehmen könnte. Ist der Zeitpunkt nun gekommen, daß die Organisation „in die Winde“ zerfallen soll?

Hammarskjöld sagte in dieser und vielen nachfolgenden Reden noch etwas anderes: Daß sein Verbleiben im Amt nicht von den Großmächten abhängen, sondern von der großen Zahl — der überwiegenden Mehrzahl — der UNO-Mitglieder, die als kleine und mittlere Länder auf den Schutz durch die Vereinten Nationen angewiesen sind. Daß Hammarskjöld den Frontalangriff Chruschtschows vor einem Jahr politisch überleben, daß er auch nach der Verschärfung der Sowjetangriffe mit wachsendem Erfolg Widerstand leisten konnte, war im wesentlichen auf die Haltung der erdrückenden Mehrheit der asiatischen und afrikanischen UNO-Mitglieder und vieler anderer zurückzuführen.

Bei ihnen liegt nun die Entscheidung über die Zukunft der Organisation. Daß sie wünschen, daß die UNO weiterlebe, ist klar. Aber unklar ist, ob sie den Mut und die politische Unabhängigkeit aufbringen werden, der Sowjetunion gegenüber ihre Entscheidung nicht zerstreuen zu lassen. Die Weltorganisation nicht zerstreuen zu lassen.

Die amerikanische Regierung ist bereit, sich von Machtillusionen loszulösen, die in früheren Jahren wiederholte zu plumpen Versuchen führten, die UNO auf die amerikanische „Linie“ zu zwingen. Die

Die Grundpreise verschärften die Wohnungsnot

Ein Bodenbeschaffungsgesetz muß her

Die Spekulation mit Baugrund hat in Österreich ein Ausmaß angenommen, das die Weiterführung des Volkswohnungsbaues auf das schwerste gefährdet. Es muß uns mit Besorgnis erfüllen, daß die Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen immer höhere Beträge für die Erwerbung einer Wohnung aufwenden müssen. Manche Bevölkerungsgruppen sind dadurch überhaupt nicht mehr in der Lage, sich eine Wohnung anzuschaffen.

Das sagte Sozialminister Prokesh Mittwoch bei einer Gleichfahrt in Linz. Die Grundpreise betragen heute schon 25 bis 40 Prozent der Baukosten, sagte der Minister. Für eine 70-Quadratmeter-Wohnung, deren Baukosten 160.000 Schilling betragen, muß man mit Grundpreisen von 40.000, 60.000 und sogar 70.000 Schilling rechnen. Auch beim sozialen Wohnungsbau ergibt sich der groteske Zustand, daß die Mehraufwendungen aus öffentlichen Mitteln nicht nur zu keiner Verbilligung der Wohnungen, sondern zu einem steigenden Profit der Grundspekulanten führen.

Österreich braucht ein Wohnbaukonzept

Obwohl sich in der Regierungserklärung 1959 beide Koalitionsparteien zu einer Neuordnung des Wohnungsbaues bekannt haben, sind bisher alle konkreten Bemühungen gescheitert, weil mit dieser Neuordnung Mietzinsschweben verbunden werden sollten. Eine befriedigende Lösung der Wohnungsfrage kann nur durch ein umfassendes Wohnbaukonzept erreicht werden, zu dem auch die Schöpfung einer gesetzlichen Möglichkeit der Bereitstellung von Bauland gehört. Der systematische Abbau der Wohnungsnot muß auf Grund eines langfristigen öffentlichen Finanzplans erfolgen. Nur so wird ein bestimmtes jährliches Wohnbauvolumen erreicht werden.

Aus den Betrieben

Die Kommunisten verlieren bei den Betriebsratswahlen

Bei den Betriebsratswahlen in der Hanf-Jute-Textilindustrie AG in Neufeld im Burgenland erhielten die Sozialisten 728 Stimmen und 11 Mandate (bisher 10 Mandate), auf die Kommunisten entfielen nur noch 76 Stimmen und 1 Mandat (bisher 2 Mandate).

Bei den Betriebsratswahlen in der Holzindustrie Slavonia in Wien, bekamen die Sozialisten 229 abgegebenen gültigen Stimmen und alle Mandate. Für die Kommunisten, die bei den letzten Wahlen noch 24 Stimmen erhalten hatten, wurde keine Stimme mehr abgegeben.

In der Steiermark-Länden bisher in 615 Betrieben des Baugewerbes und der Holzindustrie Betriebsratswahlen statt. Die Sozialisten erhielten insgesamt 1552 Mandate, auf die ÖVP entfielen 60 Mandate, die Kommunisten bekamen 4 Mandate.

Bei den Angestellten der Hauptstelle der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse in St. Pölten bekamen die Sozialisten 243 Stimmen und 6 Mandate (bei den letzten Wahlen 228 Stimmen und 6 Mandate), die ÖVP erhielt 40 Stimmen und 1 Mandat (57 Stimmen und 1 Mandat).

Einigung bei der ÖMV?

Mittwoch fanden zwischen dem Zentralbetriebsrat der Österreichischen Mineralölverwaltung, den zuständigen Gewerkschaften und der Generaldirektion Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung in den Gewinnbetrieben der Erdölindustrie statt. Bei diesen Verhandlungen wurde eine weitgehende Annäherung erzielt. Das Ergebnis der Besprechungen wird einer Betriebsratkonferenz der ÖMV vorgelegt werden.

Das Wiener Bauprogramm

(Fortsetzung von Seite 1)

woll so viele Jahrzehnte nichts gemacht wurde. Wir schaffen neue Typen von Spitalen und Altersheimen; wir müssen uns aber auch fragen, was wir mit den alten Gebäuden machen. Der Bau des neuen Allgemeiner Krankenhauses wird erst 1963 beginnen können; er wird, wenn wir unsere Baufachleute glauben, sieben Jahre dauern. In dieser Zeit werden wir auch für das alte Krankenhaus etwas tun müssen.

Für 1962 — 6 Milliarden

In Simmering, Floridsdorf, Donaustadt und Liesing wird die Gemeinde Wien die Ansiedlung von Industrien fördern, weil Wien nicht nur eine Gartenstadt ist, sondern auch Arbeit, Arbeitsplätze braucht. Nicht im Wahlprogramm für 1959, aber im Programm der Gemeindeverwaltung sieht die Verlängerung der Stadtbahn von Gumpendorf nach Meidling, der Bau der vierten Donaubrücke und die Absiedlung der verfallenen und häßlichen Anlagen auf dem rechten Donauufer. Dort soll ja Wien an den Strom rücken, tatsächlich an der schönen blauen Donau liegen.

Aufgaben gibt es also genügend. Wir haben nur eine große Sorge: die Beschaffung von Arbeitskräften. Diese Sorge hat aber nicht nur die Gemeinde Wien, sondern auch das Privatgewerbe und die Privatindustrie.

Das Budget, das im Dezember dem Gemeinderat vorgelegt wird, wird voraussichtlich etwa sechs Milliarden Schilling betragen — es soll dazu dienen, Wien weiter auszubauen.

Zum 25. Geburtstag von Franz Liszt erscheint eine Sonderpostmarke zu drei Schilling. Erste Ausgabe im freien Schalterverkauf und an die Besitzer des Markenabonnements am 17. Oktober. Gültigkeit für die Freimachung vom 20. Oktober an.

Die ÖVP sprengt den Budgetrahmen

Sie will die Landwirtschaft noch mehr subventionieren

Die ÖVP, und besonders der Bauernbund sind nicht bereit, einer Fixierung der Subventionen für die Landwirtschaft im nächsten Jahr zuzustimmen, dafür weigern sie sich aber, Versprechungen einzulösen, die sie der Öffentlichkeit — zum Teil sogar in der Regierungserklärung — gemacht haben. Die Sozialisten haben es daher abgelehnt, sich in der letzten Ministerratssitzung auf den vom Finanzminister Doktor Klaus vorgelegten Budgetrahmen festzulegen.

Der Bauernbund hat es insbesondere abgelehnt, daß von einer bestimmten Ablieferungsquote an (das heißt für die großen Milchproduzenten) die Milchpreisstützung gekürzt werden oder wegfallen soll. Dadurch kann der vom Finanzminister vorgelegte Budgetrahmen nicht als fix betrachtet werden, weil sich die Ausgaben für die Agrarsubventionen erhöhen würden, wenn die Landwirtschaft wie bisher, ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeiten, mehr produziert.

Die Forderung der Sozialisten nach einer Erhöhung der Richtsätze für die Ausgleichszulagen der Renten und nach der Auszahlung einer vierzehnten Rente an die Sozialrentner ist noch umstritten, obwohl im vorigen Jahr von den beiden Regierungsparteien eine Vereinbarung getroffen wurde, daß ein Sechstel der Mehreinnahmen des Staates weiteren sozialen Leistungen gewidmet werden muß.

Wenn sich die ÖVP, an diese Vereinbarung hielte, könnten die dringenden Forderungen der Sozialisten verwirklicht werden.

Kein Geld für Wohnungen?

Völlig offen ist noch die Frage der Wohnbauförderung. Der Finanzminister hat zwar bereits für den vorigen Jahr die Subventionsbeiträge für den Grünen Plan der Landwirtschaft in seinen Budgetentwurf aufgenommen, hingegen hat er die im vorigen Jahr zugewilligten hundert Millionen Schilling für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds beim Sozialministerium und die hundert Millionen für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds beim Handelsministerium heuer gestrichelt.

Die Landwirtschaft verlangt eine Erhöhung der Subventionen um rund 270 Millionen Schilling ohne die Erhöhung der Milchpreisstützung, das ist mehr als doppelt soviel als für heuer. Der Wohnbauförderung werden aber sogar noch die spärlichen Mittel des Budgets 1961 gestrichelt, obwohl im Regierungsprogramm eine verstärkte Wohnbauförderung versprochen worden ist.

Trotz allen Erklärungen, wie sie etwa der ÖAAB abgegeben hat, stehen die Sozialisten mit ihrer Forderung, das Regierungsprogramm auch durchzuführen, allein. Eine besondere Ausnahme macht der Handelsminister Doktor Bock, der verlangt, daß sein Ministerium den gleichen Betrag erhält wie das Sozialministerium für den Wohn- und Siedlungsfonds.

Neues vom Tag

Im Oktober kommt die 13. Rente

Anfang Oktober erhalten sämtliche Rentner der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter mit ihrer Oktoberrente auch die 13. Rente ausgezahlt. Insgesamt erhalten 475.619 Rentner die 13. Rente. Für die 13. Rente ist ein Aufwand von 322,7 Millionen Schilling erforderlich. Zusammen wird die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter im Oktober 622 Millionen Schilling auszahlen.

Mit neunzig Jahren täglich um die Arbeiter-Zeitung

In Markthofis im Burgenland feiert Freitag, 29. d., Michael Turkovits seinen neunzigsten Geburtstag. Auch jetzt noch holt er täglich seine Arbeiter-Zeitung von der Post. Im Jahre 1897 trat er in Budapest der Sozialdemokratischen Partei bei. Dort machte er sich mit der Organisationsarbeit vertraut, und als er 1905 nach Markthofis kam, das damals noch zu Ungarn gehörte, gründete er eine sozialdemokratische Lokalorganisation. Als Maurer teilte er das Schicksal vieler burgenländischer Wanderarbeiter. Für seine treue Mitarbeit hat er das goldene Parteiabzeichen erhalten, das ihm Sozialminister Prokesh überreichte. Auch die Arbeiter-Zeitung wünscht dem Jubilar alles Gute!

Die Zahnbehandlung auf Kassenkosten vorläufig gesichert

Die Ärztekammer, die Dentistenkammer und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger teilten Mittwoch gemeinsam mit, daß die Verträge der Vertragszahnärzte und Vertragsdentisten der Krankenkassen auf Grund einer Entscheidung der Bundesschiedskommission bis 27. Dezember verlängert werden. Verhandlungen über die Forderungen der Zahnärzte und Dentisten an die Krankenkassen werden in Kürze aufgenommen.

50 Schwestern wurden diplomiert

Stadtrat Riener überreichte Mittwoch in der Krankenpflegeschule Wilhelmenspital fünfzig neuen Krankenschwestern, die die Prüfungen erfolgreich abgelegt hatten, die Diplome der Gemeinde Wien. Der Stadtrat überbrachte den Schwestern die Glückwünsche des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde Wien, sagte er, ist bemüht, den Schwestern Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie sie in unserer Zeit verlangt werden. Sie ist auch bemüht, ständig neue Verbesserungen einzuführen.

Der Unschuldige wurde schwer verletzt

In der Nacht auf Mittwoch wollte der 43jährige Ferdinand Jenisch aus Wien-Ötzing auf der Floridsdorfer Brücke mit seinem Auto ein anderes Fahrzeug überholen. Dabei geriet sein Wagen auf die falsche Fahrbahnseite und stieß zuerst gegen einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen und dann gegen ein Moped. Wie das in solchen Fällen schon so ist, zahlte der völlig schuldlose Mopedlenker, der 18jährige Floridsdorfer Werner Hajek, am schwersten drauf. Er wurde schwer verletzt. Von den Insassen des

Personenwagens wurde nur ein Mitfahrender leicht verletzt. Die beiden Verunglückten kamen in das Unfallkrankenhaus Webergasse.

Eine Geisteskranke stand auf dem Fensterbrett

Mittwoch früh gab es in der Praterstraße in Wien-Leopoldsdorf ereigte Szenen, als die 74jährige Maria C., die seit einiger Zeit krank ist, auf das Fensterbrett ihrer Wohnung im vierten Stockwerk stieg und die Passanten durch Zurufe aufforderte, den Gehsteig frei zu machen, damit sie sich in die Tiefe stürzen könne. Die Passanten alarmierten; die Polizei, und diese holte die Feuerwehre zu Hilfe. Die Feuerwehre spannten unter dem Fenster ein Sprungtuch. Dann drangen einige Beamte in die Wohnung ein und holten die Frau vom Fensterbrett herunter. Die Frau wurde in die Psychiatrische Klinik gebracht.

Von einem Plattformteil getroffen

Am Dienstag wurde von dem Bauplatz der Hammerbrücke in der Frömmelgasse in Wien-Floridsdorf ein Plattformteil eines Krans transportiert. Dabei wurde der 15jährige Elektrikerlehrling Ferdinand Hanak am Hitzung von einem Teil der Plattform, den ein Arbeiter von einem Betonsockel geworfen hatte, getroffen. Der Verunglückte mußte mit schweren Verletzungen in das Unfallkrankenhaus in der Webergasse gebracht werden.

Neues aus Niederösterreich

Wieder neue Schulen und Kindergärten

Dienstag hielt die niederösterreichische Landesregierung ihre erste Sitzung nach den Sommerferien ab. Neue niederösterreichische Gemeinden erhielten die grundsätzliche Zustimmung zum Beginn des Baues neuer Schulen und Kindergärten sowie die Zusicherung für die Gewährung von Mitteln aus dem Schulbaufonds. Die Gemeinde Gemeindegemeinschaften für den Bau des Sessellifts auf den Ottschen im Darlehen in der Höhe von 200.000 Schilling erhalten, Gars am Kamp bekommt ein Darlehen in der Höhe von 100.000 Schilling für die Ausgestaltung des Hauptplatzes, und Absdorf erhielt ein Darlehen in der Höhe von 100.000 Schilling für die Errichtung eines Schwimmbades.

Volkshilfnerstattung in Wiener-Neustadt

Wiener-Neustadt wird Samstag, 30. d., und Sonntag 1. Oktober, eine Tagung niederösterreichischer Volkshilfner beherbergen, die im Verband der niederösterreichischen Volkshochschulen tätig sind. Auf der Tagung sollen Probleme der Volkshilfe in Niederösterreich behandelt werden. Auch über das Problem „Bundesheer und Volksbildung“ wird diskutiert werden. Nach der Arbeitstagung, die durch eine Ausstellung von Schülern arbeiten aus den Mal- und Zeichenkursen der Volkshochschulen Hurn, Mistelbach, St. Pölten, Scheibbs, Tulln und Wiener-Neustadt ergänzt wird, finden Führungen zu den Sehenswürdigkeiten Wiener-Neustadts statt.

Wie wird das Wetter?

Wetterausichten für Donnerstag: In der ersten Tageshälfte vielfach Boden- oder Hochnebel, nach seiner Auflösung im Westen und Südwesten von Österreich wechsellagige Bewölkung und strichweise Regenschauer. Im übrigen Bundesgebiet weiches mit Auflockerungen. Frühstemperaturen 8 bis 14 Grad, Nachmittags-temperaturen 17 bis 23 Grad.

Wassersundbericht vom 27. September: Linz 142, Mauthausen 126, Ybbs 200, Melk 156, Krems 162, Aigenwörth 128, Tulln 108, Greifenstein 103, Wien-Bechbrücke 146, Fischamend 104, Hainburg 215, Wien-Schwechatbrücke 252, Hohenau 140, Angern 65. Vorhersage für heute-früh: 150. Tendenz: wenig Änderung, schall.

Vor Gericht

Hut ab vor der Schaffnerin!

Völlig verschüchtert und verzweifelt stand die 34jährige Schaffnerin Gertrude R. vor einem Wiener Schöffengericht unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Schabada. Die junge Frau, Mutter eines kleinen Kindes, war des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt, weil am 6. Februar 1961 ein Straßenbahnzug der Linie 118, dessen Zugführerin sie war, in der Schlachthausgasse zu früh weggefahren war und eine vierundsechzigjährige Frau, die aussteigen wollte, sich deshalb einen Schenkelhalsbruch zugezogen hatte.

Wahrscheinlich wäre die Schaffnerin gar nicht vor Gericht gekommen, wenn sie nicht damals vor Polizei und Untersuchungsrichter sich selbst die Schuld an dem Vorfall gegeben hätte. Sie fühlte sich als Mensch, schuldig an dem Unglück, das die alte Frau betroffen hatte, weil sie ja tatsächlich das Abfahrtsignal für den Zug gegeben hatte. Freilich hatte sie vorher, wie es die Vorschrift erfordert, das Fertigsignal des abzufahrenden Fertigsignals gegeben, wie es die Vorschrift erfordert. Aber sie meinte, sie habe das Fertigsignal des zweiten Beiwagens für das erste gehalten. Die junge Frau machte sich die bittersten Vorwürfe, daß sie nicht selbst aus dem Zug geschaut habe, um festzustellen, ob nicht aus einem der Beiwagen noch Leute ausstiegen.

Aber das Gericht hat nicht über das Schuldgefühl eines anständigen Menschen zu urteilen, der sich mit „Hätte ich doch nur...“ und „Warum habe ich nicht...“ schließliche Nichterkenntnis. Das Gericht hat zu entscheiden, ob ein Mensch vor dem Gesetz schuldig wurde.

Tatsache ist nun, daß die Schaffnerin des Triebwagens nach der Dienstvorschrift nicht verpflichtet ist, aus dem Wagen zu schauen, ob die Schaffner der Beiwagen zu Recht oder zu Unrecht abfahren. Sie hat zu warten, bis sich vom ersten Beiwagen „das Fertigsignal“ bekommt und abzufahren, falls bekommt vom zweiten Beiwagen, mehr zusetzt in ihrem Wagen kein Fahrgast mehr zusetzt in ihrem Wagen es nicht eindeutig zu beweisen, daß die Beiwagen-Schaffnerin, die selbst zusetzt, im kritischen Moment die Hand am Klingelzug gehabt zu haben, nicht doch abgefragt hat. Die junge Frau wurde freigesprochen.

Wie schwer die Vorwürfe sind, die sich Gertrude R. dennoch über den Vorfall macht, man daraus zu ersehen sein, daß sie den Freispruch mit todemerstem Gesicht anhörte.

So notwendig brauchte er ihn doch nicht

Vor dem Wiener Einzelrichter Oberlandesgerichtspräsident Dr. 112 stand der 19jährige Werner S. aus Floridsdorf. Der Bursche ist invalid und könnte wahrscheinlich einen Rollstuhl brauchen, kann ihn aber nicht bekommen. Das behauptete er zumindest vor Gericht, konnte aber keine Erklärung dafür geben, warum er einen Rollstuhl, den er vor einiger Zeit vor einem Kino in Floridsdorf stahl, nicht für sich behielt, sondern von einem Freund verkaufen lassen wollte.

Dieser Freund verkaufte auf dem Rollstuhl „Gemeinde Wien“ stand, ließ sich jedoch von Werner S. schließlich überzeugen, daß die Sache in Ordnung sei, und übernahm den Rollstuhl zum Verkauf.

Wahrscheinlich hätte er ihn auch verkauft, hätte er nicht einige Tage später zufällig die Sendung „Autofahrer unterwegs“ gehört. In dieser Sendung ließ ein Schwerverfall den Bau seines Rollstuhls bitten, den Stuhl doch wieder zurückzugeben, da er ohne Rollstuhl völlig bewegungsunfähig sei.

Als der Freund des Werner S. dies hörte, ging er sofort zur Polizei. Der Schwerverfall bekam seinen Rollstuhl zurück, und Werner S. der bereits in ähnlicher Weise vorbestraft ist, stand nun wegen Diebstahls vor Gericht.

Er wurde zu drei Wochen Arrest verurteilt. Seiner Vorfrage wegen wurde die Strafe unbedingt ausgesprochen.

Naturfreundenachrichten

Land Wien

Vorträge und Veranstaltungen

Margareten, 28. d., 29. Uhr. Kohlgrube 27, Farnhildervortrag Gen. Salbeck. Wozu in die Ferne ziehen? 28. d., 19.20 Uhr. Buchen, 28. d., 19.20 Uhr. Lichtbildvortrag Josef Jürmann: Rund um Zermatt. Fünhaus, 20. d., 19.30 Uhr. Haken, 28. d., 19.30 Uhr. Heuberg und Zibeben, 28. d., 19.30 Uhr. Klaukassa (Volkst-Saal), Filmabend. Orsgrube Floridsdorf, 29. d., 19.30 Uhr. Prater Straße 91, Von Vindobona zum modernen Wien.

Jugendgruppen

Landesjugendleitung, 30. d., 14 Uhr. Holte Warte, Eckurstr. Margareten, 30. September und 1. Oktober. Schöps, 28. d., 19.30 Uhr. Simmering, 20. d., Meteorologische Station, Nihères Holtsbend, Dostal, 28. d., 19.30 Uhr. Billrothstraße 44, 28. d., 19.30 Uhr. Heuberg und Zibeben, 28. d., 19.30 Uhr. 28. September und 1. Oktober. Hochleitsch, Erb.

Die Herbstprüfungen der staatlichen Prüfungskommission für Esperanto finden Ende Oktober statt. Gesuche um Zulassung sind ordnungsgemäß gestempelt und mit den nötigen Beilagen versehen, bis 15. Oktober an den Direktor der Prüfungskommission, Oberstleutnant Dr. Ernst Josef Görlich, Wien 9, Währinger Straße 59, einzuliefern.

Überlastet und doch frisch!

Ja, das ist möglich, trotz schwülem, heißem Wetter und überreizten Nerven. Abreibungen mit DIANA wirken erstaunlich beruhigend und wohltuend: DIANA MIT MENTHOL gibt Ihnen frische, belebende Kräfte und damit neue Lebensfreude.

DIANA
MIT MENTHOL

Durch die hervorragend überlegene Qualität ist DIANA MIT MENTHOL besonders ausgiebig